

An die Geschäftsleitungen
und Personalabteilungen der
Mitgliedsunternehmen

Am Sparrenberg 8
33602 Bielefeld
☎ 0521 964870
Fax 0521 9648787
E-Mail: info@unternehmerverband.de

hö-pe

Allgemeines Rundschreiben Nr. 22/2024 vom 12. April 2024

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024: „Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftsforschungsinstitute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (IfW Kiel, DIW, IWH, RWI und ifo Institut) haben am 27. März 2024 ihr Frühjahrsgutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vorgelegt. Das 148. Gutachten trägt den Titel „**Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel**“.

Für das Jahr 2024 erwarten die Institute ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um lediglich 0,1 Prozent. In der 147. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023 „Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch“ hatten die Institute noch ein Wirtschaftswachstum von 1,3% prognostiziert. Innerhalb eines halben Jahres wurde die Wachstumsprognose um 1,2 Prozent nach unten korrigiert.

Die Institute prognostizieren, dass sich das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2024 auf die Konsumausgaben stützen wird. Der Ausblick für die Investitionen sei eingetrübt. Insbesondere die Unternehmensinvestitionen bleiben schwach, weil die Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik den Attentismus unter den Unternehmen nähre. Auch eine schwache Entwicklung bei den Wohnbauinvestitionen sei zu erwarten, weil das hohe Zinsniveau und die damit verbundenen hohen Finanzierungskosten sowie die hohen Immobilienpreise dämpfend wirken würden.

Die Institute erwarten trotz einer Erholung der Weltwirtschaft einen Rückgang der deutschen Exporte. Die Entkopplung der deutschen Exporte von der globalen Konjunktur resultiere aus dem Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven deutschen Exportunternehmen sowie aus der Verlagerung der Produktion ins Ausland. Dennoch wird erwartet, dass das deutsche Auslandsgeschäft ab Mitte des laufenden Jahres positiv zur konjunkturellen Entwicklung beitragen wird.

Das Jahr 2023 sah einen deutlichen Anstieg der Löhne. Die Tariflöhne stiegen um 3,7% (Effektivverdienste je Arbeitnehmer um 6,1%) und damit deutlich stärker als im Jahr 2022 (2,2%). Für das Jahr 2024 erwarten die Institute einen Anstieg der Tariflöhne um 4,4%. Zudem erwarten die Institute keinen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit (5,8% für das Jahr 2024, 5,5% für das Jahr 2025).

Im Jahr 2023 lag die Verbraucherpreisinflation bei 5,9%. In den Jahren 2024 und 2025 würden ein Anstieg der Dienstleistungspreise, steuerliche Änderungen (das Auslaufen der temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie und auf Erdgas sowie Anhebung der Lkw-Maut und der CO₂-Abgabe) sowie der Wegfall der Subventionen (Netzentgelte, Energiepreisbremsen) zum Anstieg der Verbraucherpreisinflation führen. Die Institute prognostizieren jedoch eine Verbraucherpreisinflation von 2,3% für das Jahr 2024 und 1,8% für das Jahr 2025. Die Prognose basiert insbesondere auf der Annahme, dass die Entwicklung der Energiepreise in den kommenden Jahren dämpfend auf die Inflation wirken würde. Auf Basis der Inflationsprognose gehen die Institute von einem Anstieg der Reallöhne für die Jahre 2024 und 2025 aus.

Die Gemeinschaftsdiagnose positioniert sich mit ihrem Gutachten in der aktuellen Debatte zur Reform der Schuldenbremse. Die Schuldenbremse sei in der jetzigen Form kein Wachstumshemmnis. Dennoch sprechen sich die Wirtschaftsforscher für eine "behutsame Reform" aus, um den Übergang zur regulären Defizitbegrenzung nicht länger abrupt, sondern stufenweise zu gestalten. Es wird betont, dass eine Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist. Untersuchungen im internationalen Vergleich von Volkswirtschaften zeigen keinen Zusammenhang zwischen höherer Staatsverschuldung und der Erhöhung öffentlicher Investitionen.

Mit freundlichen Grüßen

Hölk
Hölk

Anlagen